Schweiz

Thomas Minder eilt der SVP zu Hilfe

Der Anti-Abzocker will sich für die Masseneinwanderungsinitiative einsetzen.

Patrick Feuz

Thomas Minder, erfolgreicher Anti-Abzocker, ist für viele ein unerschrockener Kämpfer gegen Missstände. Die SVP kann sich deshalb die Hände reiben, dass der parteilose Schaffhauser Ständerat bereit ist, sich «voll» für ein Ja zur Masseneinwanderungsinitiative einzusetzen, wie er gestern im «Sonntags-Blick» bekannt gab. Die Initiative, die am 9. Februar vors Volk kommt, will mit der Wiedereinführung von jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten die Zuwanderung steuern. Sie richtet sich damit gegen die Personenfreizügigkeit.

Die SVP ist bemüht, diese Initiative auch für Nicht-SVP-Wähler annehmbar zu machen. Deshalb hat sie alles daran gesetzt, Minder auf ihre Seite zu ziehen, der als unabhängiger Kopf gilt. Ihn können die Gegner der Initiative nicht einfach in die Isolationistenecke stellen.

Ein Gewinn ist Minder für die Initiative noch aus einem weiteren Grund. Bisher hat kein namhafter Arbeitgeber und Wirtschaftsvertreter für die Masseneinwanderungsinitiative geworben. Genau das will nun aber Zeitungsverleger und Kosmetikkaufmann Minder an einer Veranstaltung in der Vorweihnachtswoche tun, an der Seite «weiterer Unternehmer», wie die SVP ankündigt. Zuvorhin hat sich Minder verpflichtet, an diversen weiteren Anlässen und Podien im Abstimmungskampf teilzunehmen.

Ein Ja zur SVP-Initiative gefährde die Bilateralen Verträge, sagen die Gegner. Foto: Keystone

Zuwanderung wächst weiter

Minder argumentiert stark ökologisch für die Beschränkung der Zuwanderung und warnt vor Zersiedelung. Ausserdem kritisiert er die Wirtschaft, der es bei der Personenfreizügigkeit nur darum gehe, «einfach den bestmöglichen Preis» zu bekommen. Mit dieser inhaltlichen Ausrichtung passt er bestens zur SVP-Kampagne, die jeden Eindruck von Fremdenfeindlichkeit vermeiden will.

Minders Haltung zur Zuwanderung ist seit Gegenwart bekannt. Die Gegner der SVP-Initiative hatten gehofft, dass sich der Schaffhauser erst später für die Europa-Initiative einsetzen würde, die ebenfalls die Zuwanderung beschränken will.

Für Nervosität bei den Befürwortern der Personenfreizügigkeit sorgen auch die aktuellen Zuwanderungszahlen. Wie die «Schweiz am Sonntag» berichtete, dürfte die Einwanderungsbilanz von 2012 in diesem Jahr übertroffen werden.

Nettozuwanderung in die Schweiz

Die Zuwanderung Typ Ende Dezember 2013 Migration

Allein von Januar bis September sind 59 661 Ausländer mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert, ein Zuwachs von 13,6 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum 2012. Davon machen EU-Bürger mit 40 776 Personen den grössten Anteil aus. Auf das ganze Jahr hochgerechnet ergibt sich eine Nettozuwanderung von rund 80 000 Personen. Damit würde der Vorjahreswert von rund 72 000 Zuwanderern deutlich übertroffen.

EU-Botschafter warnt vor Ja

Richard Jones, EU-Botschafter in Bern, warnte das Schweizer Stimmvolk am Samstag im Schweizer Fernsehen SRF vor einem Ja zur SVP-Initiative. Die Personenfreizügigkeit sei ein fundamentales Prinzip für die EU, ein entscheidendes Element des Binnenmarkts. Nach Verhandlungen, wie sie die SVP fordert, seien «ausgeschlossen». Jones ist der Meinung, nach einem allfälligen Ja zur Initiative müsste die Schweiz von sich aus die Personenfreizügigkeit kündigen. Dadurch fielen laut Jones auch die anderen Abkommen der Bilateralen I weg. Bilaterale light gibt es nicht. *(sda)*

Tempo 30 auch auf Hauptstrassen?

Städte planen weitere Zonen mit tieferer Geschwindigkeit. Zum Ärger der Autolobby.

Schweizer Städte starten eine Offensive für neue Tempo-30-Zonen auf dem Basisnetz. Bern, Basel und Zürich wollen auf über 100 Strassen Tempo 30 einführen. «Wir haben festgestellt, dass es vereinzelt auch Hauptstrassen gibt, bei denen Tempo 30 Sinn macht», sagt Ursula Wyss, Stadtberner Verkehrsdirektorin und Präsidentin der Städtekonferenz Mobilität, der «NZZ am Sonntag».

Basel plant, auf 20 sogenannt verkehrsorientierten Strassen, die in erster Linie dem motorisierten Verkehr dienen sollen, zumindest zeitweise Tempo 30 einzuführen. Die Stadt Zürich hat eine Temporeduktion auf 39 Strassenabschnitten schon letztes Jahr beschlossen, «jetzt planen wir die nächste Tranche», erklärt die grüne Stadträtin Ruth Genner. Betroffen seien Orte, «wo viele Menschen zusammenkommen» – etwa in der Nähe von Läden oder Schulhäusern. Die Stadt Bern prüft die Einführung von Tempo-30-Abschnitten auf rund 20 Hauptstrassen. «Nach den Tempo-30-Zonen in Quartierstrassen und den Begegnungszonen mit Tempo 20 stehen nun die Geschwindigkeiten auf gewissen Hauptstrassen vermehrt im Fokus», sagt Wyss (siehe auch «Bund» vom 2. November).

Grundsätzlich gilt innerorts überall Tempo 50. Zwar sind Ausnahmen erlaubt, doch muss die Gemeinde dem Kanton gegenüber klarmachen, warum eine Temporeduktion notwendig sei. Da diese Schritte aufwendig sind, reicht SP-Nationalrätin Nadine Masshardt einen Vorstoss ein, in dem sie die «vereinfachte Einführung von Tempo-30-Zonen» fordert. Neben FDP-Nationalrat Kurt Fluri unterstützen mehr als 50 Parlamentarier dieses Vorhaben. «Damit nimmt die Anzahl und die Schwere von Unfällen ab», erklärt Masshardt in der «NZZ am Sonntag».

Der TCS kündigt Widerstand an. Man werde sich mit allen rechtlichen Mitteln «gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Ausfall- und Durchgangsstrassen wehren, welche die Aufnahmefähigkeit der Strassen verringern und die Staubildung fördern», teilte er mit. *(ajk)*

Mörgeli zieht UBI-Entscheid weiter

SVP-Nationalrat und Tätigkeitsbericht-Chefkritiker Mörgeli ist mit dem Entscheid der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) betreffend Berichterstattung zu seiner Rolle als Doktorvater nicht einverstanden. Mörgeli gelangt deshalb ans Bundesgericht. Die UBI hat am Freitag einstimmig drei Beschwerden von Mörgeli abgewiesen. Das Schweizer Fernsehen (SRF) habe mit Beiträgen in zwei «Rundschau»-Sendungen sowie in «10 vor 10» über Mörgelis Rolle als Doktorvater das Programmrecht nicht verletzt, befand die UBI. Mörgeli kritisiert vor allem, dass die UBI auf wesentliche Punkte seiner Kritik gar nicht eingegangen sei. Deshalb ziehe er das Urteil weiter, bestätigte er der Nachrichtenagentur SDA einen Bericht des «Sonntagsblicks». *(sda)*

Kurz

CIA-Spionage

Bundesanwalt erwartet keine Hilfe aus Russland

Bundesanwalt Michael Lauber hat die Erwartungen an seine Ermittlungen über die Spionagetätigkeit in der Schweiz gedämpft. Grundsätzlich gelte zwischen Staaten, dass sie sich bei politischen Delikten keine Rechtshilfe leisten. «Es dürfte daher in Bezug auf Edward Snowden sehr schwierig sein, aus Russland Informationen zu erhalten. Ohne wirklich informationen kann ich nicht viel machen», sagte Lauber in der «Schweiz am Sonntag» und der «Zentralschweiz am Sonntag». *(sda)*

Demokratie

Valentin Vogt fordert doppelt so hohe Unterschriftenzahl

Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt plädiert für höhere Hürden für Referenden und Initiativen. Die Unterschriftenzahl zu verdoppeln, wäre eine mögliche Lösung, sagte er im «Sonntagsblick». Derzeit sind beim Bund 20 Initiativen hängig, für 16 weitere laufen Unterschriftensammlungen. Er wolle die Volksrechte nicht per se einschränken. Das Problem sei aber, dass Referenden und Initiativen heute zu Wahlkampfzwecken missbraucht würden, sagte Vogt. *(sda)*

Religion

Landeskirchen lancieren Petition für verfolgte Christen

Der Bundesrat soll sich dafür einsetzen, dass Christen weltweit ihre Religion ausüben können, ohne deswegen verfolgt zu werden. Die drei Landeskirchen haben zum Tag der Menschenrechte von morgen Dienstag eine Petition lanciert. Diese ersuche den Bundesrat, die Probleme rund um Diskriminierung, Ausgrenzung und Bedrohung von Christen deutlich anzusprechen. *(sda)*